

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität

Ausgabe Nr. 28
Dez. 16/Jan. 17

Vertane Chance

Liebe Marburgerinnen und Marburger, stellen Sie sich mal Folgendes vor: Nach den Ergebnissen bei der Kommunalwahl – Verluste für Rot-Grün, starke Gewinne bei der Marburger Linken – hätte die SPD erklärt, um dem Willen der Wählerinnen und Wähler gerecht zu werden, wolle sie die Chancen für eine „rot-rot-grüne Koalition“, auch R2G genannt, in Marburg ernsthaft ausloten. Als erstes hätte die SPD die Grünen eingeladen, dann die Lin-

ken und schließlich hätten sich alle drei Parteien zusammengesetzt. Auf Augenhöhe hätte man Gemeinsamkeiten und Differenzen ausgelotet.

Relativ schnell hätten sich die drei darauf geeinigt, den sozialen Wohnungsbau auszuweiten, die soziale Infrastruktur zu erhalten, die Bürgerbeteiligung auszubauen und gegen Rechts klare Kante zu zeigen. Der SPD wäre es nicht schwer gefallen, ihr Bildungsbauprogramm (BiBaP) durchzusetzen, weil auch Grüne und Linke dieser Idee viel abge-

winnen können. Die lokale Umsetzung der Energiewende – eine wichtige Forderung der Grünen – wäre zum gemeinsamen Ziel erklärt worden. Und die Marburger Linke hätte den beiden anderen Parteien einen ÖPNV-Nulltarif für Stadtpassinhaber/innen abgerungen. Natürlich hätten alle Parteien Kompromisse machen müssen. Die Grünen hätten ihre Seilbahnpläne fallen gelassen, weil es mit der Tram ohnehin auch eine interessante Alternative gäbe. Die Linke hätte akzeptieren müssen, dass die finanziellen Spielräume nicht unendlich sind und die SPD hätte zähneknirschend einer stärkeren Besteuerung der hiesigen Großunternehmen zugestimmt, um mehr soziale Gerechtigkeit zu ermöglichen und den Haushalt zu entlasten.

Einig wären sich die Parteien auch darin gewesen, den Druck auf die Politik in Bund und Land zu verstärken, um einen Politikwechsel zu erreichen. Keine Partei hätte die andere über den Tisch gezogen. Persönliche Eitelkeiten hätte man hintangestellt und intransparenten Machtspielchen eine Absage erteilt. Marburg R2G: sozial und ökologisch wäre das Leitmotiv der Stadtentwicklung geworden.

Leider ist es anders gekommen. Gleich nach der Wahl hat sich die SPD mit der bürgerlichen BfM verbündet, einen Haushaltskürzungskurs verkündet, eine Rolle rückwärts in Richtung autogerechte Stadt vollführt und keine Gelegenheit ausgelassen, den ehemaligen Koalitionspartner zu demütigen. Damit hat sich die SPD ohne Not in die Arme der CDU begeben und die Chance auf eine sozialere Politik in Marburg vertan. Bedauerlich.

Aber Sie können sich darauf verlassen, die Marburger Linke wird weiter dafür kämpfen, Ihre Lebensbedingungen zu verbessern – egal in welcher Konstellation.

Mit solidarischen Grüßen

Ihr Jan Schalauske

Kommentar

Haushaltsloch ade?

Das Marburger Finanzloch ist stark geschrumpft. 37 Mio. Euro Gewerbesteuer fließen zusätzlich in die Stadtkasse. Diesmal war es das Pharmaunternehmen CSL Behring, das zuwenig entrichtete Steuern nachzahlen musste.

Das überrascht die Marburger Linke nicht. Bereits am 23. August 2016 erklärte ihr Fraktionsvorsitzender Jan Schalauske: „In den letzten zehn Jahren wurden im Durchschnitt 18,4 Mio. Euro mehr an Gewerbesteuer eingenommen als geplant. Das wird aller Voraussicht nach auch in diesem Jahr so sein.“ Er hatte auch auf die damals bekannt gewordenen Gewinnzuwächse des CSL-Mutterkonzerns verwiesen, die zu höheren Steuereinnahmen führen würden.

Das Defizit von 6 Mio. Euro, das 2017 übrig bleiben soll, wird vermutlich im Laufe des nächsten Jahres genauso dahin schmelzen wie das Defizit von 2016. Sollte das wider Erwarten nicht geschehen, empfiehlt die Linke eine Erhöhung des niedrigen Marburger Gewerbesteuer-satzes von 400 auf 430 Punkte.

Jedenfalls haben sich die Gebührenerhöhungen und Investitionsstreichungen als so überflüssig wie ein Kropf erwiesen. Die Marburger Linke fordert, sie zurückzunehmen und die Gelder für die Sanierung der Weidenhäuser Brücke frei zu geben.

Ob die Marburger Linke künftig den Möller-Vaupel-Faktor, mit dem sie seit OB Dietrich Möller den Abstand zwischen den geplanten und den tatsächlichen Gewerbesteuereinnahmen misst, um den Namen Spies erweitern wird, entscheidet sie, wenn auch im nächsten Jahr das Plansoll übertroffen wird. Nico Biver

Eltern stärken, Gebühren senken

Nach Gewerbesteuernachzahlung: Marburger Linke fordert Rücknahme der KiTa-Gebührenerhöhung



▲ Nach Protesten gegen die Erhöhung der Kinderbetriebsgebühren mussten SPD, CDU und BfM Abstriche an ihren Plänen machen

Kinder sind ein teures „Vergnügen“, das wissen alle Eltern. Sonntags singt die GroKo das Hohelied der Familie. Gleichzeitig ist es ein ebenso altes wie fantasieloses Mittel in der Politik: Wenn die Herrschenden Geld brauchen, für welches (eingebildete) Haushaltsloch auch immer, dann werden die zur Kasse gebeten, die sich – vermutlich – am wenigsten wehren. Auch in Marburg geht die GroKo aus SPD/BfM und

CDU den Familien an den Geldbeutel mit drastischen Gebührenerhöhungen in vielen für Familien elementar wichtigen Bereichen (KiTa, Grundschulbetreuung, Strom, VHS, Stadtbücherei, Müllgebühren). Es ist ein groteskes Trauerspiel: Die GroKo in Berlin erhöht das Kindergeld „großzügig“ um 2 Euro, die GroKo in Marburg nimmt den Familien dieses Geld mit Zins und Zinsezins sofort wieder ab.

Fortsetzung S. 4

Foto: Thorsten Richter

Braune Schatten über dem Stadtparlament

Studie: In den 1950er und 1960er Jahren waren fast ein Drittel der Stadtverordneten ehemalige Mitglieder der NSDAP

Zwei Studien über die Marburger Stadtverordnetenversammlung während und nach der NS-Zeit, die auf Antrag der Marburger Linken unter Federführung des Historikers Prof. Eckart Conze angefertigt wurden, widerlegen den Mythos einer „Stunde Null“ nach 1945 und füllen große, bisher weiße Flecken aus.

So waren von 176 Mandatsträgern in Parlament und Magistrat bis zum Geburtsjahrgang 1928 mindestens 60 NS-belastet. Für 1952-56 nennt die Studie 13 von 39 und auf dem Höhepunkt 1960-64 immerhin 17 von 48 – bei der CDU 46 Prozent, der SPD 32 und der FDP 33.

Die Marburger Nachkriegsgeschichte muss somit neu geschrieben werden. Die FDP bzw. der von ihr abgespaltene Wahlblock waren geprägt von stark belasteten Protagonisten des NS-Regimes wie Prof. Erich Schwinge, gnadenloser Mili-

tärstrafrichter und Autor von Gesetzen, die spätere Nazi-Verbrechen legitimierten, oder Friedrich Frohwein und Karl Theodor Bleek. Das hatte Auswirkung auf die Stadt, deren politisches Klima damals bekannt war als erzkonservativ und militant antikommunistisch.

Man darf gespannt sein, wie sich die betroffenen Parteien mit den dunklen Seiten ihrer Geschichte auseinandersetzen. Denn aus der Studie resultiert Handlungsbedarf. Die Reinwaschung verantwortlicher Förderer und Helfer des verbrecherischen NS-Regimes, wie Walter Voß, ist zu korrigieren, Ehrungen (Verdienstmedaille und Straßenbenennung) sind abzuerkennen. Was für ein Missstand, dass im Rathausflur von den Nazis eingesetzte Oberbürgermeister wie Walter Voß und Ernst Scheller gleichrangig und unkommentiert neben dem demokratisch gewählten Nazigegegnere

org Gassmann hängen, den Voß 1933 inhaftieren ließ!

Bleek, OB 1946-51, Chef der Liberalen und der LDP/FDP-Landtagsfraktion, Staatssekretär bis 1961, dann Chef des Bundespräsidialamtes, ist es gelungen, durch die Leugnung des NS-Parteibuchs und Persilscheine anderer Parteien seit 1947 unbehelligt zu bleiben. Im Dunkeln liegt seine Rolle als einer der ranghöchsten hauptamtlichen Politiker Breslaus bei der Verfolgung und Ausraubung der großen Jüdischen Gemeinde. Es scheint undenkbar, dass er als Stadtkämmerer schuldlos geblieben ist. Eine ergänzende Studie seiner dortigen Rolle bleibt deshalb erforderlich. Die Platzbenennung nach ihm am Südbahnhof ist untragbar.

Nur am Rande konnte das Handeln der Verwaltung bei den Novemberpogromen, Arisierungen und der Deportation der Juden, Sinti und Roma untersucht werden. Es besteht aber kein Zweifel an der grausamen Rolle, die die OBs Ernst Scheller und Walter Voß bei der Umsetzung der Gewalt- und Verfolgungspolitik des NS-Regimes gespielt haben – so bei der Inhaftierung zahlreicher Kommunisten, Sozialdemokraten und



Foto: Andrea Söllwiedel

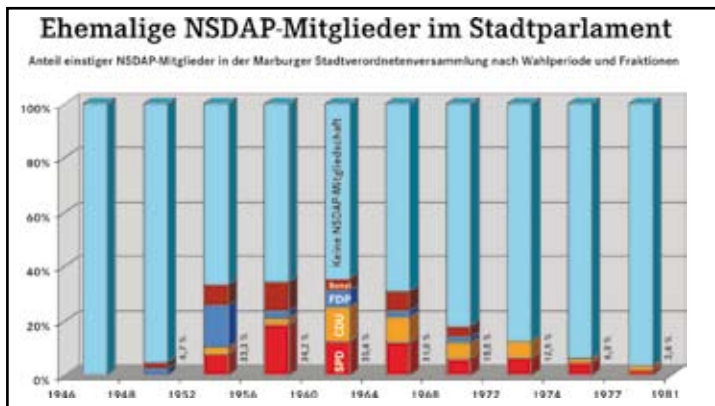
▲ **Henning Köster fordert die Umbenennung des Walter-Voß-Wegs, der immer noch nach einem Nazi-OB benannt ist**

weiterer Demokraten und Nazigegegnere. Die Deportation Marburger Juden in das KZ Buchenwald 1938, die Deportationen in die Vernichtungslager 1941/42 fallen in ihre jeweiligen Amtszeiten. *Henning Köster*

Die beiden Studien können von der Homepage der Stadt Marburg heruntergeladen werden.

Alexander Cramer/Sarah Christin Wilder, „... daß auch hier in der Stadt Marburg der Wille des Führers erfüllt wird.“, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung. Institutionen. Personen. Wirkungen (1930-1950), Marburg 2015

Dirk Stolper/Sarah Christin Wilder, Belastung und Reintegration. Die NS-Vergangenheit der Mitglieder der Marburger Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats 1945 bis 1989, Marburg 2016



Graphik: Nico Biver

Links wirkt

Es mag eine große Koalition drohen, aktuell gibt es aber keine feste Mehrheit im Marburger Stadtparlament. In dieser Konstellation wird die Marburger Linke nicht müde, auf SPD und Grüne zuzugehen, um linke Politik im Parlament durchzusetzen und aufzuzeigen, was mit R2G in Marburg möglich wäre. Und die Marburger Linke wirkt:

Straßenbahn wird geprüft: Auf Initiative der Marburger Linken wurde mit SPD, Grünen und der CDU beschlossen, dass die Anbindung der Lahnberge mit einer Straßenbahn ernsthaft geprüft werden soll.

Sozialquote für Wohnungsbau:

Von der Lokalen Agenda, dem Runden Tisch bezahlbarer Wohnraum und der Marburger Linken lange gefordert, nun vom Stadtparlament endlich beschlossen: Zukünftig müssen Privatinvestoren bei neuen Großbauvorhaben 20 Prozent Sozialwohnungen schaffen, wenn kommunales Planungsrecht besteht. Ziel der Linken sind 30 Prozent.

Schutzsuchende nach Marburg:

Auf Antrag von Linken, SPD und Grünen hatte die Stadtverordnetenversammlung - angesichts der humanitären Katastrophe an den europäischen Grenzen - bereits im Mai an das Land Hessen appelliert, seine Bereitschaft zu erklären, Flücht-

linge aufzunehmen. Marburg würde dafür 200 Plätze bereitstellen. Land und Bund haben bisher abgewunken. Eine Petition zur Unterstützung des Anliegens wird auch vom Sozialausschuss unterstützt.

Militarismus weiter aufarbeiten:

Die Stadtverordnetenversammlung betrachtet - erneut auf Initiative von Linken, SPD und Grünen - die Aufarbeitung der Geschichte der „Marburger Jäger“ als fortwährende Aufgabe der Stadtgesellschaft. Sie fordert den Magistrat auf, den Opfern der „Jäger“ Namen und Gesicht zu geben und ihrer in Form einer Gedenkinstallation im direkten Kontext zum Jägerkriegsdenkmal im Schülerpark ehrend zu gedenken.

Gegen TTIP und CETA:

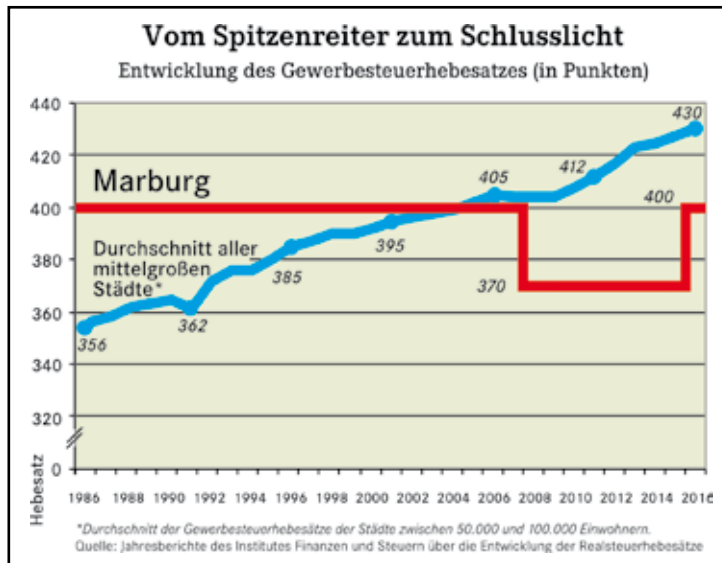
Auf Antrag von Linken, SPD und Grünen unterstützt die Stadtverordnetenversammlung die „Barcelona Erklärung“ von 40 freihandelskritischen Stadtregierungen aus neun Ländern in Europa, die u.a. eine Nichtratifizierung des Freihandelsabkommens CETA und eine Aussetzung der Verhandlungen über die Abkommen TTIP und TISA fordert.

Auf die Finger schauen:

Neu vertreten ist die Marburger Linke in den Aufsichtsräten der Stadtwerke, der Marburger Altenhilfe, der Tourismusgesellschaft und in der DBM-Betriebskommission. Ihre Vertreter/innen können den Verantwortlichen jetzt auf die Finger schauen.

Haushaltsloch selbstgemacht

Hauptgrund für die Marburger Finanzmisere ist das jahrelange Gewerbesteuerdumping



Grafik: Nico Biver

Mit Gebührenerhöhungen und Ausgabenkürzungen wollen SPD, CDU und andere Fraktionen den Marburger Haushalt ausgleichen. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer scheuen sie aber wie der Teufel das Weihwasser. Glaubt man ihnen, würde das Arbeitsplätze gefährden, weil etwa die Behringwerke-Nachfolger oder die DVAG das Weite suchen oder weniger investieren würden.

Aber stimmt das? Die Marburger Linke hat einen Faktencheck gemacht und keine Belege für diese Behauptung gefunden.

Der sog. Hebesatz, mit dem die Kommunen den Gewerbesteuererhöhen oder senken können, liegt in Marburg auf dem gleichen Niveau wie vor 30 Jahren. 1986 war er unter dem SPD-Oberbürgermeister Hanno Drechsler kräftig von 340 auf 400 Punkte erhöht worden. Damit lag man 44 Punkte über dem damaligen Durchschnitt vergleichbarer Städte. Nur in 6 von 86 Gemeinden mit 50.000 bis 100.000 Einwohner/innen galt ein höherer Satz.

Diese Erhöhung hätte also nach gängiger Meinung zu Arbeitsplatzverlusten führen müssen. Das Gegenteil trat ein. Von 1987 bis 1992 wuchs die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Marburger verarbeitenden Gewerbe um 15,8 Prozent (Hessen: 3,3; BRD: 5,5). Dies war vor allem auf die Chemische Industrie (fast ausschließlich die Behringwerke) zurückzuführen,

deren Anteil am Gewerbesteuerertrag 2007 drei Viertel ausmachte. Ihre Beschäftigtenzahl stieg von 1980 bis 1993 um 39,3 Prozent auf 3.289 Personen.

Der Hebesatz in den anderen Städten ist seit 1986 um 74 Punkte auf heute durchschnittlich 430 Punkte gestiegen während er in Marburg bei 400 blieb. Aber anstatt wie damals Drechsler diesen Spielraum auszunutzen, wollen SPD, CDU und BfM lieber die Eltern zur Kasse bitten und riskieren, dass die marode Weidenhäuser Brücke einstürzt.

Ein zu niedriger Steuersatz hat maßgeblich zum jetzigen Haushaltsloch beigetragen. 2008 hatte die Stadt ihn auf 370 Prozent gesenkt. Dies erfolgte angeblich „zur Stützung der einheimischen Wirtschaft“ (Egon Vaupel). Aber wurden damit tatsächlich „die Folgen der Finanzkrise ... erfolgreich abgefedert“?

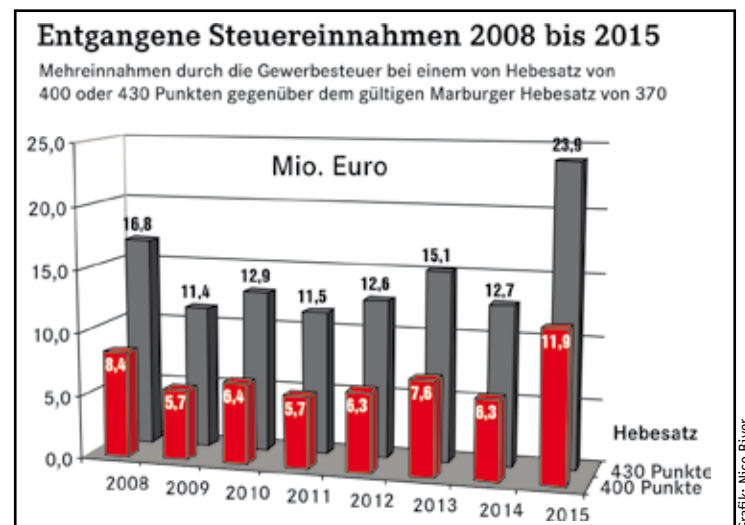
Ganz im Gegenteil, denn Unternehmen, deren Ertragslage schlecht ist, zahlen ohnehin keine Gewerbesteuer. Das gilt für 61 Prozent der deutschen Firmen. Ihre Erträge liegen unterhalb des Freibetrages von 24.500 Euro.

Den meisten Nutzen von dieser Steuersenkung hatten die Unternehmen mit den höchsten Gewinnen. 2014 kamen in Marburg 82 Prozent der Gewerbesteuer von fünf Unternehmen aus der Pharmaindustrie und der Finanzbranche. Sie haben am meisten profitiert.

Durch die Hebesatzsenkung hat Marburg 58,4 Mio. Euro verschenkt. Hätte die Stadt, wie es die Marburger Linke und später der Hessische Rechnungshof vorgeschlagen haben, den Hebesatz stattdessen auf 430 Punkte erhöht, wären die Einnahmen sogar um 116,9 Mio. Euro höher gewesen.

Bei einer Prüfung der Haushaltsstruktur vergleichbarer Städte zählte der Rechnungshof 2011 ungenutzte Einnahmepotenziale auf. Bei Marburg sah er drei Quellen zur Verbesserung der Einnahmen (ausdrücklich nicht die Kinderbetreuungsgebühren): die Erhöhung der Friedhofsgebühren, der Grundsteuer und der Gewerbesteuer. Während die Stadt bei den Friedhofsgebühren und der Grundsteuer parierte, lehnte sie den vom Rechnungshof vorgeschlagenen Gewerbesteuerhebesatz von 430 Punkten ab.

Sollte Marburg tatsächlich nicht so sehr mit deutschen Standorten, sondern weltweit um Investitionen konkurrieren, wie OB Spies in der letzten Stadtparlamentsitzung meinte, lohnt sich ein Blick in die Geschäftsberichte von CSL Behring, dem vermutlich größten Steuerzahler Marburgs, und seines australischen Mutterkonzerns. Für Wehklagen über Standortnachteile in Marburg finden sich keine Gründe. Die Umsatzrendite lag seit 2008 mit 31,2 Prozent 2,6 Prozent über der der anderen Unternehmensteile. Und in Marburg waren die Gewinnsteuern (darunter auch die Gewerbesteuer) mit 15 Prozent des Gewinns 10 Prozent niedriger als im Rest des Konzerns. Die Manager und Aktionäre des Konzerns wären also mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn sie künftig nicht mehr in Marburg investieren würden, nur weil die Gewerbesteuer steigen würde. Selbst wenn sie sich verdoppeln würde, wäre es in Marburg noch immer profitabler als in Melbourne, Basel oder Liverpool. Nico Biver



Grafik: Nico Biver

Gewerbesteuer bereits erhöht?

Oberbürgermeister Thomas Spies versucht der Forderung nach einer Gewerbesteuererhöhung die Spitze zu nehmen, indem er darauf verweist, dass man das nicht jedes Jahr tun könne.

Es stimmt, Marburg hat 2015 den Hebesatz wieder auf 400 Punkte, den Stand von 1986, erhöht. Das hatte aber nichts mit der aktuellen Haushaltslage zu tun. Die Erhöhung, die zum 1. Ja-

nuar 2016 in Kraft trat, erfolgte, als es Marburg noch „finanziell gut“ ging (SPD-Wahlprogramm). Sie wurde durch die Reform des hessischen Kommunalen Finanzausgleiches erzwungen und sogar von der CDU unterstützt. Nur so konnte vermieden werden, dass Zuweisungen des Landes an Marburg geringer ausfallen würden.

Wenn aber angeblich schon 2015 bekannt war, dass ein Haushaltsloch droht, warum wurde der Hebesatz nicht gleich auf 430 Punkte erhöht? So könnten „ständige“ Erhöhungen vermieden werden.

Wird aus Lokschuppen Beton-Gold?

Mit Ausschreibung eines Nutzungskonzepts stehen auch Bauspekulanten auf der Matte

Der Lokschuppen ist eines der letzten verbliebenen Kulturdenkmäler der Marburger Industriegeschichte. Die Einsicht in die Notwendigkeit, auf dem Waggonhallenareal ein soziokulturelles Zentrum zu erhalten, gibt es schon lange. Hier können Wünsche nach Atelierräumen erfüllt werden, hier kann ein Stadtmuseum geschaffen werden. Warum hat man dem Wegzug des Spielmuse-

ums aus der Stadt schon vor Jahren tatenlos zugesehen?

Wenn die GeWoBau in der Lage ist, in hervorragender Weise den Marburger Bahnhof zu restaurieren, dafür bundesweit Beachtung erfährt und Preise gewinnt, dann wäre diese GeWoBau doch sicherlich, gemeinsam mit den Kulturschaffenden vor Ort, auch in der Lage, eines der letzten Kulturdenkmäler Marburgs zu erhalten.

Seit Anfang 2016 gibt es den Freundeskreis Lokschuppen, der ein Konzept erarbeitet hat. Die Ortenberggemeinde bringt seit Jahren Vorschläge ein. Auch gibt es auf dem Areal das Waggonhallen-Kulturzentrum, das Rotkehlchen, das Theater, die Kletterhalle, Radio Unerhört Marburg, den Eltern-Kind-Verein. Müsste man hier nicht gewährleisten, dass es zu keiner Konkurrenz, zu keiner Verdrängung, kommt? Müsste man nicht vielmehr stolz auf die dort entstandene soziokulturelle Landschaft sein?

Doch die Verantwortlichen der Stadt Marburg zeigen Bereitschaft, den Lokschuppen für den symbolischen Preis von 1 Euro zu verkaufen. Es entsteht der Verdacht, dass so auch Bauspekulanten zum Zuge kommen sollen. Hier ist die

Firma Schreyer und Schreyer (S+S) zu nennen, die für fast jedes größere private Bauprojekt in Marburg verantwortlich zeichnet. Bereits im Juli ließ sie über die Presse verlauten, dass sich hier hochwertiger Wohnraum lohnen würde.

Zudem wird von Seiten des Bauamts betont, durch welchen Aktenberg man sich durcharbeiten müsse, um seriöse Konzepte für das Gelände zu erarbeiten. Da ist bei einer bundesweiten Ausschreibung der ursprünglich gewählte Zeitraum von 4-6 Wochen einfach nicht angemessen. Unter diesen Rahmenbedingungen könnte nur mithalten, wer sich vor Ort über Jahre ein Bild gemacht hat. Zwar wurde die Ausschreibungsfrist inzwischen verlängert. Aber es gilt: Die Marburgerinnen und Marburger brauchen kein Spekulationsprojekt. Auf diesem innerstädtischen Sahnestück sollte sich die Marburger soziokulturelle Szene weiterentwickeln können. *Tanja Bauder-Wöhr*

Fortsetzung von S. 1

Eltern stärken, Gebühren senken

Allerdings hat der massive Widerstand der Eltern und seine breite öffentliche Unterstützung bewirkt, dass die Erhöhungen deutlich niedriger ausfielen als geplant.

Die Marburger Linke lehnt auch diese Erhöhung entschieden ab, fordert ihre Rücknahme und unterstützt den Widerstand der Eltern, ebenso wie Stadelternbeirat, AStA, das Kinder- und Jugendparlament sowie weitere Initiativen. Wer will, dass Eltern Beruf und Kinder unter einen Hut kriegen können, muss Kinderbetreuung ausbauen und als Grundrecht kostenlos machen. Anderswo geht das, warum nicht in Hessen und Mar-

burg? Der Landkreis wird nächstes Jahr die Zuschüsse an freie Träger um 5 Prozent erhöhen. Die Marburger Linke fordert entsprechend im Stadtparlament, „die pauschale Kürzung von 12 Prozent der Zuschüsse an freie Träger im Bereich Kinder, Jugendliche und Familien, im Bereich der sonstigen sozial tätigen Träger, im Bereich der Kulturinitiativen, im Bereich Prävention, Integration sowie im Naturschutz nicht umzusetzen“.

Das ist eine durchaus realistische Forderung. Ein Blick in das wundersam angeschwollene Stadtsäckel beweist es. Siehe Kommentar Seite 1. *Roland Böhm*

Bürgerbeteiligung verkehrt

Mit großer Geste brachte der Magistrat im Herbst den Entwurf zur Entwicklung eines Konzepts der Bürgerbeteiligung ins Parlament. Dieser aber lahmte bereits im Anlauf. Nach 21 Uhr werden Anträge ohne Aussprache abgestimmt. Nur wenn der Magistratsantrag auf die folgende Sitzung verschoben worden wäre, hätte somit eine Diskussion zur Sache stattfinden können. Dazu war der Antragsteller aber nicht bereit.

Also startete das Projekt Bürgerbeteiligung ohne Beteiligung der Stadtverordneten. Dabei hätte es viel zu besprechen gegeben. Zum Beispiel: Die „Startervorlage“ ist auf zwei Jahre angelegt, grad so, als wäre man in einer fremden

Stadt. Es ist richtig, die Universität einzubeziehen. Aber was ist mit den Studierenden oder den Gewerkschaften? Wie machen's andere hessische Städte? Fragen über Fragen.

Da, wo bereits Beteiligung praktiziert wird, versagt der Magistrat auf ganzer Linie. Stichwort: Weidenhäuser Brücke. Wie wurde diskutiert, geplant und Geld ausgegeben. Mit einem Federstrich soll alles Schnee von gestern sein. Oder die Eltern, die im Stadtparlament ihren Protest gegen Gebührenerhöhungen vortragen wollten. Wie hat man sich geziert und gestört gefühlt, gar das Wort verweigern wollen. Ernstgemeinte Beteiligung sieht anders aus. *Renate Bastian*



Foto: Nico Biver

▲ Linker Flügel des Marburger Stadtparlaments - seit der Kommunalwahl ist die Fraktion der Marburger Linken von vier auf acht Stadtverordnete angewachsen: Renate Bastian, Jan Schalauske, Henning Köster, Tanja Bauder-Wöhr, Inge Sturm, Lise Kula, Roland Böhm und Jonathan Schwarz

Termine

▶ Jahresendfeier und Weihnachtsfest der LINKEN

Sa., 17. Dez., 19.00 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofstraße 6, Marburg

▶ **Christoph Butterwege**, der Bundespräsidentenskandidat der LINKEN, im Gespräch mit Frank Deppe
Di., 10. Jan., 19.00 Uhr, TTZ, SoftwareCenter 5, Marburg



Foto: Wolfgang Schmidt

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw. im Käte-Dinnebier-Saal, DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg

▶ **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 3. Do. des Monats, 19.30 Uhr

▶ **Marburger Linke** erweiterte Fraktion, montags, 20.00 Uhr

▶ DIE LINKE. **Kreis AG** wöchentlich an wechselnden Tagen

▶ Studierendenverband **SDS.die linke**, dienstags, 20.00 Uhr, www.sds-marburg.de

▶ Stammtisch des **LINKEN-Stadtverbandes Marburg**
1. Mittwoch im Monat, ab 20 Uhr, Gaststätte Schamdan, Weidenhäuser Str. 72, Marburg

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf und Fraktion Marburger Linke

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 9.12.2016

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

In die Puschen kommen!

Ein halbes Jahr nach der Kommunalwahl nahm der Kreistag die Arbeit auf

Die Aktivitäten des Kreistages hielten sich im laufenden Jahr sehr in Grenzen. Schuld daran sind alle beteiligten Fraktionen. Nach den Kommunalwahlen am 6. März 2016 gab es erst einmal elf Wochen Pause – dann am 20. Mai fand die konstituierende Sitzung des neuen Kreistages statt, und in der zweiten Kreistagsitzung der neuen Legislaturperiode – am 1. Juli – standen Wahlen in diversen Gremien im Mittelpunkt. Danach ging es in die Sommerferien.

Die lange Pause bot Gelegenheit zu endlosen Diskussionen um die neue Sitzordnung im Kreistag: Keine Fraktion wollte neben der neu eingezogenen 10-köpfigen AfD-Fraktion sitzen. Die Forderung, die AfD rechts von der CDU, nach „rechts außen“, zu setzen, wurde

schließlich an die Bedingung geknüpft, dass die LINKE „links außen“ neben der SPD einzieht. Nichts anderes hatten sich die Abgeordneten der LINKEN, die es bei Kommunalwahlen auf fünf Sitze (+1) gebracht hatte, gewünscht.

Die AfD im Kreistag macht die Arbeit der Abgeordneten nicht einfacher. DIE LINKE fand sich plötzlich, zusammen mit den Fraktionen der Grünen, der FDP und der Freien Wähler sowie dem Abgeordneten der Piratenpartei, in einer inoffiziellen „demokratischen Opposition“ wieder, die sich seitdem je nach gemeinsamen Interessen gegen die GroKo aus SPD und CDU zusammenfindet.

In der Septembersitzung hatte DIE LINKE in einen Dringlichkeitsantrag vergeblich einen Bericht über die „Umstrukturierung der



Foto: Nico Biver

▶ Bei der ersten Sitzung am 20. Mai protestierten viele Menschen gegen die neu in den Kreistag eingezogene AfD-Fraktion

Rot-Rot in Kirchhain

Der Kirchhainer Ortsverband der LINKEN hat bei den Wahlen im Frühjahr zugelegt. Sie ist jetzt mit zwei Abgeordneten und Fraktionsstatus im Kirchhainer Parlament vertreten (Reinhard Heck, Fraktionsvorsitzender; Dr. Ingeborg Cernaj). In den Magistrat zog für DIE LINKE Hans-Jürgen Sitt ein.

Zusammen mit der SPD – mit 17 Sitzen stärkste Fraktion im Parlament – bot sich die Gelegenheit, die regierende Koalition aus CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP unter Bürgermeister Jochen Kirchner abzulösen. Die beiden Partner vereinbarten eine Kooperation auf Basis einer hauchdünnen Mehrheit

(19:18 Stimmen) unter dem ab 1. August 2016 amtierenden neuen Bürgermeister Olaf Hausmann (SPD). Es wurde ausdrücklich „eine unabhängige und eigenständige Arbeit beider Fraktionen“ beschlossen, die sich in zentralen Aspekten eng abstimmen.

Zu den Kernpunkten des gemeinsamen Programms zählen eine sozialverträgliche Konsolidierung des Haushalts; Verbesserungen in den Bereichen KiTa, Verkehr, Wohnungsbau,

Verwaltung“ gefordert. In der Debatte um einen fremdenfeindlichen Antrag der AfD (Burka-Verbot) fanden die Abgeordneten der LINKEN sehr deutliche Worte gegen Rassismus und Intoleranz. Interessanter Nebeneffekt des AfD-Antrags: Die Stoßrichtung der Diskussionsbeiträge der anderen im Kreistag vertretenen Parteien unterschied sich diesmal kaum von denen der LINKEN – so groß war die allgemeine Empörung. Mit einer Ausnahme: Die Mitglieder der FDP-Fraktion ließen sehr deutlich ihr Verständnis für den Antrag der AfD erkennen.

Für die Kreistagsitzung im November hat die Fraktion der LINKEN zu ihrer gewohnten Aktivität wiedergefunden. Sie reichte drei eigene Anträge ein und zwei zusammen mit der grünen Fraktion.

Ein Antrag gegen die geplante Schließung von Sparkassenfilialen im Landkreis fand keine Mehrheit. Die GroKo fand sich lediglich bereit, die Sparkasse aufzufordern, zu prüfen, ob sie nicht einen Sparkassenbus einführen und mit der Volksbank gemeinsame Geldautomaten betreiben könnte. Immerhin fand sich eine Mehrheit für den gemeinsamen Antrag mit den Grünen, die Einführung einer „Landkreis-Card“ zu prüfen, die Bedürftigen eine verbilligte ÖPNV-Nutzung ermöglichen soll. Ein weiterer Antrag forderte eine Verbesserung des Bundesteilhabegesetzes.

Ingeborg Cernaj

soziale Infrastruktur. Ferner vorgesehen sind die Förderung von Projekten zur Integration Geflüchteter sowie Hilfen für geplante Bioenergiedörfer. DIE LINKE verspricht: Wir werden ein Auge auf unser Ziel „100 Prozent sozial“ haben.

Hans-Jürgen Sitt



▶ Linke Stadtverordnete in Kirchhain: Ingeborg Cernaj und Reinhard Heck

Das Letzte

Sparen ohne Verstand

Ohne Parlamentsausprache wurden am 19. November mit den Stimmen von SPD/BfM und CDU geplante Infrastrukturinvestitionen von 10,4 Mio. Euro gestrichen – angeblich um finanziellen Spielraum wiederzugewinnen.

Diese Entscheidung entpuppt sich in mehrfacher Hinsicht als Schildbürgerstreich.

Eine Familie würde wohl kaum mit dem Bau ihres Hauses warten, bis sie die Bausumme angespart hätte, sondern einen Kredit aufnehmen. Diese Logik gilt nicht für SPD und CDU. Sie lassen lieber die Infrastruktur verrotten, als Schulden aufzunehmen. Dabei sind Kredite heute so billig wie noch nie.

Von den 10,4 Mio. Euro wären 4,5 Mio. mit Landeszuschüssen finanziert worden, die jetzt zum Großteil verloren sind. 500.000 Euro Planungskosten sind außerdem schon angefallen. Was man heute einspart, wird in wenigen Jahren ein Mehrfaches an Kosten verursachen.

Neben der Streichung kleinerer Maßnahmen wie der Sanierung des Wehrdaer Wehrs und der Radbrücke am Afföller ist der Verzicht auf die Sanierung der Weidenhäuser Brücke der dickste Brocken. Zusammen mit der Umgestaltung des Rudolphsplatzes soll sie 5,6 Mio. Euro kosten, von denen das Land schon eine Kostenübernahme von 3 Mio. genehmigt hatte. Dabei muss die Brücke unbedingt überholt werden, da die Gefahr besteht, dass die Schäden derart zunehmen, dass sie vollständig gesperrt werden muss.

Sollte das eintreten, wäre es sinnvoll zu wissen, wer der Streichung zugestimmt hat. Da die anderen Stadtverordneten eine namentliche Abstimmung ablehnten, ließen die der Marburger Linken und der Grünen im Protokoll vermerken, dass sie gegen den Verzicht auf die Sanierung gestimmt haben.

Nico Biver



ÖPNV geht nur billig

Im Rahmen einer kommunalpolitischen Seminarreihe von ver.di-Hessen, die gemeinsam von den kommunalpolitischen Vereinigungen der SPD und der LINKEN unterstützt wurde, wurde im September in Darmstadt zum Thema „ÖPNV der Zukunft – was Hessen braucht“ debattiert.

Einig waren sich die Teilnehmer/innen, dass der Öffentliche Nahverkehr auf Kosten des Pkw-Verkehrs gestärkt werden müsse. Aber die

Hürden dafür werden immer höher. Seit 2000 sind die Kosten für den ÖPNV um 62 Prozent gestiegen, die der PKW-Nutzung aber „nur“ um 27 Prozent. Um diese Preissteigerung in den Griff zu bekommen, wurde auf verschiedene Modelle verwiesen. Dazu zählen Solidarmodelle wie das Semesterticket der Studierenden, dessen Kosten auch von den Nichtnutzer/innen mitgetragen werden. Für einen bestimmten Betrag pro Semester, den alle zahlen,

Studierende wollen R2G

Auf Initiative des SDS die linke hat sich das Studierendenparlament (StuPa) wiederholt mit der aktuellen Kommunalpolitik befasst. Bereits im Juni wandte sich eine Mehrheit der StuPa-Mitglieder auf Antrag von SDS und Jusos gegen das Zusammengehen der SPD und der BfM und forderte eine Einigung zwischen SPD, Grüne und Linken. Das StuPa sprach sich gegen Parkhausneubauten an der alten Universitätsbibliothek und am Pilgrimstein aus. Es verlangte außerdem, dass eine Vertretung der Studierenden bei der Stadt eingerichtet wird. Während es Beiräte und Gremien für Kinder, Senior/innen, Behinderte, Migrant/innen und andere gibt, gehen die 25.000 Studierenden bisher leer aus.

Im November fand eine SDS-Erklärung im StuPa eine Mehrheit, die sich für Rot-Rot-Grün (R2G) und gegen eine große Koalition in der Stadt ausspricht. Der AstA wird aufgefordert, einer studierendenfeindlichen Politik entgegenzuarbeiten.

Lise Kula

Schalauske als Landesvorsitzender bestätigt

Am 12. November wurde auf dem Landesparteitag der hessischen LINKEN in Bensheim der Vorstand neu gewählt. Die bis-

herigen Landesvorsitzenden Jan Schalauske und Heide Scheuch-Paschewitz wurden für weitere zwei Jahre in ihren Ämtern bestätigt. Schalauske, der Fraktionsvorsitzende der Marburger Linken, kandidierte zum zweiten Mal und erhielt 92 Prozent der Delegiertenstimmen.

kann der ÖPNV im Geltungsbereich unentgeltlich benutzt werden. Für die Marburger Studierenden heißt das, dass sie etwa kostenlos die S-Bahn in Heidelberg oder den IC nach Göttingen und dort den Bus nutzen können. Auch ein kostenloses oder verbilligtes Jobticket ist machbar, finanziert – wie in Frankreich – durch die Unternehmen. Es ist auch ihr Vorteil, da sie für ihre Beschäftigten weniger Parkplätze vorhalten müssen. Erwähnt wurden auch Erfahrungen in Wien. Dort bietet die Stadt eine ÖPNV-Jahreskarte für nur 365 Euro an.

Am Ende waren sich alle Teilnehmer/innen einig, dass der ÖPNV als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge aus sozialen und ökologischen Gründen ausgebaut werden müsse. Die soziale Frage dürfe daher von der Mobilitätsfrage nicht losgelöst betrachtet werden: In einer solidarischen Gesellschaft dürften Preisenkürzungen auf Kosten der Vermögenden möglich sein.

Jonathan Schwarz



LINKE mit neuem Kreisvorstand



▲ DIE LINKE Marburg-Biedenkopf hat auf ihrem Kreisparteitag am 19. November die Kommunalwahlen bilanziert, erste Überlegungen zu den Bundestagswahlen diskutiert und einen neuen Vorstand gewählt (v.l.nr.): Dorian Tigges, Inge Sturm, Valentin Papendorf, Andrea Sollwedel, Christian Bubel, Christel Gabrian-Zimmermann, Henning Köster, Dieter Kloszowski. Nicht abgebildet: Philip Kaufmann